



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR MOBILITÄT, TECHNIK UND UMWELT

am Dienstag, 04.05.2021, 17:30 Uhr, Online-Sitzung

ÖFFENTLICH

TOP 1

**TOP BASEL
(Vorberatung)**

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Technik und Umwelt und begrüßt die Anwesenden. Die Sitzung findet in einem Onlineformat als Videositzung statt. Hierzu ist im Vorfeld an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter ein Link verschickt worden. BM **Ilk** prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt.

Im Vorfeld findet die Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg statt, siehe hierzu die separate Niederschrift.

TOP 2

**TOP BASEL
(Vorberatung)**

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll zum Betriebsausschuss Stadtentwässerung Ludwigsburg.

BM **Ilk** schließt die Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg.

Im Anschluss erfolgt eine Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Technik und Umwelt.

Beschluss:

Firma Seitz GmbH, Porschestra. 28, 71634 Ludwigsburg, wird mit der Lieferung von Verkehrszeichen und Zubehör gemäß ihrem Angebot vom 02.03.2021 für den Zeitraum vom 01.06.2021 bis 31.05.2023 mit der Option der zweimaligen Verlängerung um jeweils 12 Monate beauftragt.

Die Vergabesumme für den Auftragszeitraum von vier Jahren beträgt 667.700, --€.

Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, über die Inanspruchnahme der Verlängerungsoptionen des Rahmenvertrages zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft BM **Ilk** Tagesordnungspunkt 3 auf.

Ein Sachvortrag ist nicht vorgesehen. BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** fragt, ob eine pauschale Summe zu leisten sei, obwohl der genaue Gebrauch nicht feststeht.

Stadtrat **Rothacker** freut sich über den Zuschlag an eine Ludwigburger Firma. Er bemängelt den Schilderwald und fragt nach dem tatsächlichen Gebrauch.

Stadtrat **Maier** fragt nach den Einnahmen durch beispielsweise Gebühren für Verleih. Zudem interessiert ihn die Haltbarkeit der Schilder. Weiter spricht er ebenso die Schilderflut an.

Stadträtin **Knecht** geht auf die Prüfung der Sinnhaftigkeit der Beschilderung ein.

Stadtrat **Müller** fragt nach dem Rahmenvertrag. Ob dieser erstmalig abgeschlossen oder der bisherige Vertrag fortgesetzt werde. Zudem will er wissen, ob die Schilder repariert werden. Zudem ist ihm nicht klar, welche Leistungen übernommen werden. Des Weiteren will er wissen, welche Anzahl an Schildern abgenommen werden muss.

Eine **Mitarbeiterin** der Technischen Dienste Ludwigsburg informiert zum Thema und beantwortet die Fragen aus dem Gremium. Die Gesamtsumme richtet sich nach den Erfahrungswerten und dem prognostizierten Bedarf der kommenden vier Jahre. Der Bedarf sei eine ungefähre Abschätzung. Es müsse nur die tatsächliche Abnahme bezahlt werden. Die Haltbarkeit der Schilder hänge unter anderem von Witterungsverhältnissen und Vandalismus ab. Im Rahmen einer Umstellung sei der Rahmenvertrag auf die TDL umgestellt worden. Der bisherige Vertrag sei ausgelaufen. Die Schilder werden recycelt. Man erhalte vom Händler hierfür eine Gutschrift. Die Vergabe beinhalte die reine Lieferleistung.

Die Prüfung der Sinnhaftigkeit liege beim Fachbereich Sicherheit und Ordnung, so BM **Ilk** und lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Weiglestraße wird entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen sowie des FB 61 instandgesetzt.

Die Gesamtkosten in Höhe von **250.000,00 €** werden genehmigt.

Vergabebeschluss

Die Firma Lutz Krieg aus Möglingen erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 24.03.2021 den Auftrag zur Durchführung der Sanierungsarbeiten in der Weiglestraße.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	223.571,21 €
+ Unvorhergesehenes ca10,6%	<u>26.428,79 €</u>
Vergabesumme	<u>250.000,00 €</u>

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,00 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag und auf eine Aussprache verzichtet wird, lässt BM **Ilk** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität berichtet über den aktuellen Stand anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache. Zu diesem Thema werde regelmäßig informiert, heute sei lediglich der Auftakt. Vielfältige Aspekte seien zu berücksichtigen.

Analysen und gute Unterlagen sowie Forderungen von Bürgern gebe es bereits viele, merkt Stadträtin **Dr. Knoß** kritisch an. Die Planungen haben keine Neuerungen ergeben. Sie spricht mögliche Grabungen für Fernwärmeleitungen der Stadtwerke an. Hierzu hätte sie sich bereits eine Planung der Straßengestaltung mit mehreren Entwurfsvorschlägen und einen zeitlichen Ablauf gewünscht. Bürgerbeteiligung sei dringend notwendig. Abwägungen müssen zwischen Bäumen, Parkstreifen und Radwegen erfolgen. Der Straßenquerschnitt müsse aufgeteilt werden. Zur Mobilitätsdrehscheibe fragt sie nach dem geplanten Parkhaus im Bereich Waldäcker und zeigt sich skeptisch hinsichtlich der Annahme und Attraktivität. Sie fragt nach einer Zeitschiene. Quervernetzungen müssen ebenso beachtet und die Weststadt besser angeschlossen werden. Heute sollen bereits mögliche Verbesserungen erfolgen. Bus und Fahrrad müsse nicht zwingend nebeneinander fahren. Die Grönerstraße benötige einen Radweg.

Dieses Thema sei bereits mehrfach diskutiert worden, fügt Stadtrat **Klotz** hinzu und sieht ebenso keine neuen Erkenntnisse. Gespannt ist er auf die ersten Ergebnisse der Vorplanungen und wünscht eine Vorstellung dieser. Die Problemstellen seien erkannt und er interessiert sich für die Lösungsansätze, vor allem im Bereich Bahnhof und Myliusstraße.

Die Umbenennung auf ÖPNV-Rad-Trasse wird von Stadtrat **Rothacker** begrüßt. Wichtig sei, dass alle Mobilitätsarten berücksichtigt werden. Die Systemanalyse im Werkstattbericht sei wertvoll und er lobt die gute Darstellung. Strukturen und Mängel sowie Konkurrenzen werden gut aufgezeigt. Vorrangig sieht er die Planungen für den Fuchshof und den ZOB. Man müsse bei der Bürgerbeteiligung alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigen. Er fragt, ob bereits heute hinsichtlich einer eventuellen Realisierung der Stadtbahn die Leitungen und die erforderliche Betondecke beachtet werden.

Der zeitliche Plan mit Quartalsangaben sei gut, so Stadtrat **Maier**. Dies solle bis zur tatsächlichen Umsetzung fortgeführt werden. Synergien mit anderen Bauprojekten sollen eingearbeitet und genutzt werden. Weiter interessiert er sich für die Verbindlichkeit der Trassenführung und will in der Detailplanung im weiteren Verfahren mitdiskutieren. Er wünscht ein intelligentes und zukunftsfähiges Konzept.

Stadträtin **Knecht** dankt für die Analyse und die konzeptionellen Gedanken. Im Gewerbegebiet Weststadt solle mit der Mörikestraße auch die Hoferstraße und die Grönerstraße in das Konzept eingearbeitet werden. In Oßweil spricht sie den grünen Wall beim Baugebiet Fuchshof an und ob dieser weiter eingeplant sei. Dieser könne auch bis zur L1140 fortgeführt werden und als Auffahrtsrampe dienen. Weiter geht sie auf die Linie 421 ein und will wissen, ob diese entfalle. Die Trasse solle mit den Bürgern und dem Stadtteilausschuss diskutiert werden. In Pflugfelden sei der Radweg und die Anbindung an die Nachbarkommunen problematisch.

Stadtrat **Müller** betrachtet die Darstellung als beispielhaft und fragt nach den Variationen der Straßenführung sowie den Schlussfolgerungen für das Stadtbahnprojekt. Er fragt zudem nach der Konzeption zur Bürgerbeteiligung und ob Spielräume möglich seien. Zudem interessiert ihn, ob die Trassenführung abgeschlossen sei.

Stadträtin **Liepins** geht auf die Vielzahl der beteiligten Büros und die getrennten Planungen sowie die Kosten ein.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die offenen Fragen ein. Die Analyse basiere auf den bisherigen Erkenntnissen. Diese seien für die Gestaltung des Straßenquerschnitts erforderlich. Die Priorität werde im Bereich Fuchshof, Hoferstraße und ZOB-Umbau liegen. Bei der Bürgerbeteiligung werden alle Teilnehmer, auch Einpendler, berücksichtigt. Die Formate müssen noch geklärt werden. Ein abgestimmter Terminplan werde vorgestellt, sobald ausgearbeitet. Die Linie 421 werde bleiben. Es gehe vor allem um die Überlandstrecken. Die Ergebnisse der Vorplanung werden vorgestellt. Die Breite der Trasse sei noch nicht festgelegt. Die Defizite bei der Querverbindung mit dem Radweg müsse erkannt werden. Bestimmte Straßenräume bieten gute Lösungsansätze für den Radverkehr. Der Korridor müsse nicht derselbe Straßenraum sein. Für die Stadtbahn könne die Trassierung und festen Fahrbahn freigehalten und die Kompatibilität geklärt werden. Jedoch wird die Planung durch den Landkreis erfolgen. Ein Upgrade sei jederzeit möglich. Dieses Projekt habe nicht den Auftrag der Leitungsfreiheit für eine separate Trasse. Konkrete Querschnitte erfolgen in Leistungsphase II und III. Weiter geht er auf die beteiligten Büros und die Zusammenarbeit ein. Vorrangig seien die Büros TTK und Schüßler-Plan beauftragt. Der Entwurf solle nicht rein verkehrstechnische, sondern ebenso die Belange der Freiraumgestaltung und der Stadtplanung gewährleisten. Hierfür arbeite man mit weiteren Büros zusammen. Er geht weiter auf die ÖPNV Anbindung in die Grönerstraße und das Gewerbegebiet ein. Die betriebliche Flexibilität für den Fuß- und Radverkehr und ÖPNV sei gegeben. Die Koordinierung mit den Bauarbeiten der SWLB sei noch nicht abgeschlossen. Eine Straßengestaltung ist weiter möglich und die Flexibilität im Tiefbau bleibe erhalten.

BM **Ilk** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Mit einer Brötchentaste (Kurzparker bis 30 Minuten kostenfrei) wird erreicht, dass für alle im unmittelbaren Einzugsbereich des Ludwigsburger Bahnhofs vorhandenen Parkhäuser (Parkdeck Schillerviertel, ~~Parkhaus Bahnhofstraße-Doblinger~~, Parkhaus-Arena und Parkhaus Bahnhof-West in der Pflugfelderstraße) ein unkompliziertes und vor allem verkehrssicheres Anliefern von Freunden, Gästen und Familienangehörigen zum ÖPNV und zum Bahnhof möglich ist. Die Brötchentaste ist ein positives Signal für den Einzelhandel in der jetzigen Zeit und zudem bürgerfreundlich. *Eine Überprüfung erfolgt nach drei Jahren.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** gibt der Freien Wähler-Fraktion die Möglichkeit sich zum Antrag zu äußern.

Stadtrat **Zeltwanger** geht auf den Antrag ein. Alle Verkehrsteilnehmer sollen den Bahnhof bequem nutzen können. Die Brötchentaste habe sich im Stadtgebiet bewährt.

Die **Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg merken an, dass das Parkhaus Doblinger nicht in der Bewirtschaftung der SWLB liege. Sie informieren zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Man lege die Zahlen des Jahres 2019 zugrunde. Corona bedingt seien die Zahlen aus dem Jahre 2020 nicht aussagekräftig. Das heutige Ergebnis werde im Aufsichtsrat beraten.

BM **Ilk** geht auf mögliche Lärmbeschwerden im Schillerparkdeck ein.

Stadträtin **Dr. Knoß** kann den Antrag nicht befürworten. Die jetzige Form halte ihre Fraktion für richtig. Sie geht auf die Kosten in Höhe von 73.000, -- Euro ein. Zudem interessiere sie der gesamte Verkehrsfluss. Das Bahnhofsparkhaus sei nicht überlastet und ein angemessenes gutes Angebot, auch für eine Begleitung zum Bahnsteig. Weiter geht sie auf den hohen Bus- und Autoverkehr an der Ostseite ein. Ein vermehrter Radverkehr werde künftig zudem durch das Fahrradparkhaus erwartet. Man solle für das Schillerparkhaus keine Anreize für zusätzlichen Verkehr schaffen. Die Entfernung zur Arena sei zu weit. Grundsätzlich müssen die Tarife geprüft und angeglichen werden. Das Parken in der Tiefgarage solle gegenüber dem Straßenrand attraktiver sein.

Stadtrat **Herrmann** kann mit dem Antrag mitgehen. Es sei ein positives Signal für den Einzelhandel und die Bürgerinnen und Bürger. Insgesamt sieht er die Parkgebühren in der Stadt als eher hoch an. Das Arena Parkhaus solle miteinbezogen werden. Kurzparkende können für einen geringen Betrag am Straßenrand parken.

Das Parken im Parkhaus solle gefördert werden, meint Stadtrat **Zeltwanger** und schlägt eine Evaluation nach dreijähriger Prüfzeit vor. Momentan werde westwärts zum Ein- und Aussteigen auf

Busbuchten und Fußgängerfläche geparkt. Er hinterfragt die Kalkulation in Höhe von 73.000, -- Euro. Zudem müssten ebenso die Kosten für Parkplätze angesetzt werden. Viel Verkehr werde während des ZOB Umbaus durch die Umlegung der Busse entstehen. Das Schillerparkdeck solle von Norden angefahren werden, um die Myliusstraße zu entlasten. Ein gewisser Lärmpegel müsse bei einem Parkhaus ertragen werden.

Stadträtin **Liepins** stimmt dem Antrag zu und wünscht eine Evaluation nach 1 bis 2 Jahren. Das Arena-Parkhaus solle ebenso einbezogen werden und der Westausgang sei von dort fußläufig schnell erreichbar. Die städtischen Parkhäuser sollen gleichbehandelt werden.

Stadträtin **Knecht** wird dem Antrag ebenso zustimmen. Es sollen alle Parkhäuser einbezogen werden. Vorrangig solle in den Parkhäusern geparkt werden. Dies werde auch eher mit einem Einkauf verbunden und stärke somit den Einzelhandel.

Es gehe lediglich um zwei zusätzliche Parkhäuser, merkt Stadtrat **Müller** an. Bei der Tiefgarage Arena kann er mitgehen. Das Schillerdeck halte er aufgrund des Zustromes über die Myliusstraße für bedenklich.

Das Autofahren solle nicht unterstützt werden, äußert kritisch Stadträtin **Dr. Knoß** und erinnert an den Klimawandel. Der Bahnhof sei gut mit dem ÖPNV erreichbar und dies solle genutzt werden. Sie geht auf die Wahlergebnisse ein und weist auf die knappen Finanzen hin. Die Subventionierung solle eher abgeschafft werden.

Stadtrat **Rothacker** merkt an, dass auch E-Autos Parkflächen benötigen und äußert sich kritisch zur Wortmeldung der Vorrednerin. Die Kommunalpolitik solle sich für die Bürger einsetzen. Er zweifelt die Kostenberechnung an. Zudem müsse der Umbau des ZOB mitgedacht werden. Die Schillergarage gehöre dazu und werde von Norden angefahren. Der ZOB Umbau müsse mitgedacht werden. Viele Bahnfahrer haben Gepäckstücke dabei und werden den Bus nicht nutzen. Er bittet um Abstimmung.

BM **Ilk** formuliert einen geänderten Antragstext, wie oben abgebildet.

Stadtrat **Herrmann** weist darauf hin, dass nach drei Jahren eine Überprüfung stattfinden solle.

Stadträtin **Dr. Knoß** fragt, ob die Entscheidung im Aufsichtsrat gefasst werde.

Der heutige Beschluss werde im Aufsichtsrat der SWLB weiterbehandelt, so BM **Ilk**.

Die allgemeinen Preise werden durch den Aufsichtsrat festgelegt, merkt der **Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg an.

BM **Ilk** lässt über den Antrag, wie oben aufgeführt, abstimmen.

Beschlussempfehlung:

- 1) Die Prognose zur E-Mobilität und die Zielsetzung von 230 Ladepunkten in 2025 und 400 Ladepunkten in 2030 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- 2) Die Stadtverwaltung beschafft künftig grundsätzlich nur noch Elektrofahrzeuge. Wird dies von der bestellenden Stelle nicht gewünscht, so muss eine Begründung hierfür geliefert werden („Beweislastumkehr“).
- 3) Der Festsetzung einer Sondernutzungsgebühr für neu errichtete Ladesäulen mit jeweils zwei Ladepunkten in Höhe von 100 €/a bis Ende 2023 innerhalb von Parkierungszonen wird zugestimmt. Außerhalb der Parkierungszone reduziert sich die Gebühr auf 50 €/a.
- 4) Die Verwaltungsgebühr für die Genehmigung von Ladesäulen wird auf einmalig 150 € festgesetzt.
- 5) Die Sondernutzungsgebühr für Elektrokleinstfahrzeuge (unter anderem E-Scooter) im Sharing-Betrieb wird auf 15 €/a festgelegt. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Gebühr auf bis zu 25 € pro Jahr anzupassen.
- 6) Die Verwaltungsgebühr für die Genehmigung von Elektrokleinstfahrzeugen wird auf einmalig 150 € pro Anbieter festgesetzt.
- 7) Das Gesamtkonzept Elektromobilität wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität, sowie ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches und der **zweite Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg informieren zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt und gehen auf die Fragen des Gremiums ein.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache und gibt den Antragstellern das Wort.

Die E-Mobilität sei ein wichtiger Faktor, merkt Stadträtin **Knecht** an und geht auf den Antrag ein. Die Pendler sollten ebenso sicher ihre Pedelecs parken und laden können. Deshalb solle in den Parkhäusern entsprechende Ladestationen eingerichtet werden.

Im Grundsatz kann Stadtrat **Handel** dem Konzept zustimmen. Er fragt, wie das Gesamtkonzept in den Masterplan eingebunden werde. Er vermisst jedoch die Bereiche Carsharing mit E-Autos, Taxi und Busflotte. Er fragt nach den Dienstfahrrädern ohne E-Motor. Eine Pedelec-Ladestation sei am Neckarufer und an den touristischen Zielen sinnvoll, wie auch Lademöglichkeiten in den Parkhäusern für Pendler. Innerstädtisch sollen Lastenräder gefördert werden. Ein langfristiger Umgang mit diesem Thema müsse überlegt werden. Es müsse ein gutes Konzept für eine Klimaneutralität erarbeitet werden. Er geht von einem steigenden Verkauf der E-Autos aus und spricht die notwendige Ladekapazität an. Zudem brauche man für E-Carsharing ein Konzept.

Das Gesamtkonzept sei ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, so Stadtrat **Klotz** und fragt, ob die geplanten Ladestationen ausreichend seien. Seine Fraktion kann mit dem Antrag und der Vorlage mitgehen. Er merkt kritisch die derzeit hohen Subventionen an. Man brauche eine Gesamtbetrachtung unter anderem zur Entsorgung, Herstellung, Bereitstellung und zum Verbrauch. Zudem fragt er nach der durchschnittlichen Laufleistung der städtischen Fahrzeuge und geht auf die Beschaffung der Fahrzeuge ein. Weiter fragt er, ob das Stromnetz der Stadtwerke ausreichend gerüstet sei. Bei Straßenbaumaßnahmen solle die künftige Stromversorgung berücksichtigt werden. Er sieht die E-Scooter als reine Spaßobjekte, welche zusätzlichen Verkehr bringen und keinen ökologischen Nutzen haben und bemängelt die Einsammlung der Scooter und fragt nach der Ladung derer. Kritisch geht er auf die Öffentlichkeitsarbeit der E-Scooter ein.

Stadtrat **Rothacker** bewertet die Prognose der Verwaltung hinsichtlich der Zunahme von E-Autos als übertrieben und weist auf die schlechte Energiebilanz hin. Die Elektromobilität sei lediglich eine vorübergehende Lösung. Er setze auf andere Antriebsarten. Dem Gesamtkonzept fehlen viele Punkte, wie Ladeinfrastruktur und Subventionen durch Steuergelder. Solange die Elektromobilität nicht komplett durch Ökostrom bedient werden kann, mache es keinen Sinn. Die E-Bikes erlebten ihren Boom während des ersten Lockdowns. Die E-Scooter werden lediglich für Vergnügungsfahrten genutzt und bringen keinen Beitrag zum Klimaschutz, kritisiert er zudem, wie auch die Öffentlichkeitsarbeit hierzu. Er kann der Vorlage nicht zustimmen.

Momentan gebe es keine Alternative, so Stadträtin **Liepins** und werde der Vorlage zustimmen. Man müsse eine Gesamtökobilanz ziehen. Hier sehe sie die Elektromobilität nicht ausschließlich zukunftsfähig. Zudem fragt sie nach einer Regelung der Ladesäulen mit einer begrenzten Zeitdauer. Der Ausstattung des Fuhrparkes mit Elektroautos könne sie, nach Absprache mit den Fachbereichen, zustimmen. Weiter merkt sie an, dass die E-Scooter im Stadtbild völlig störend seien. Zudem übernehme ein Dieselfahrzeug den Tausch der leeren Akkus. Hierzu wünscht sie eine Evaluation nach einem Jahr und fragt nach den Kosten für die Stadt sowie die Sondernutzungsgebühr.

Stadträtin **Knecht** geht davon aus, dass E-Fahrzeuge nur ein kleiner Bestandteil in der Mobilität der Zukunft sein werden. Die Entwicklung werde weitergehen. Derzeit gebe es hierfür Fördergelder, merkt sie weiter an. Zudem stellt sie die Frage, wie künftig bei Wegfall der Förderungen der E-Fahrzeuge abgewogen werde. Zudem will sie wissen, ob das Stromnetz ausreichend sei.

Die E-Mobilität steuere einen kleinen Teil zum Individualverkehr bei, meint Stadtrat **Müller**. Die Überlastung der Straßen bleibe weiterhin. Die E-Scooter sieht er als Konkurrenz zum Busverkehr. Er wünscht eine Mobilität mit einem geringen Energieverbrauch. Elektromobilität löse bei der Stadtgestaltung wesentliche Probleme nicht, verbessert jedoch die Bereich Stickoxide und Lärm.

Aufgrund des fehlenden Gesamtkonzeptes wird Stadtrat **Zeltwanger** nicht zustimmen, obwohl er ein Freund der Elektromobilität sei. Man müsse auf Sicht fahren. Der Verkehr durch Einpendler müsse ebenso beachtet werden. Er wünscht eine Kooperation unter anderem mit dem Einzelhandel, den Pflegediensten, Vereinen sowie Baugenossenschaften und ein Bürokratieabbau für Selbstversorgerstellplätze. Eine Kosten-Nutzen-Relation müsse zudem im Gesamtkonzept aufgenommen werden.

Man werde weiter am Konzept arbeiten, teilt der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität mit. Dies sei auch mit IKEK vernetzt. Beratungen seien jederzeit möglich und Kooperationen werden gerne angeschoben und vernetzt. Offen stehe die Verwaltung dem Thema Carsharing gegenüber. Jedoch wolle man dies nicht aktiv vorantreiben. Man stütze sich auf die Prognosen der Verbände. Er nimmt die kritischen Anmerkungen hierzu mit. In der Entwicklung der

Elektromobilität gebe es große Entwicklungsschritte. Es gebe unterschiedliche Zielgruppen und er geht unter anderem auf die Themen Automobilregion, Verzichtskultur sowie Öffentlichkeitsarbeit ein. Für die E-Scooter fallen keine Kosten bei der Stadt, außer Personalaufwand, an. Man nutze die Möglichkeiten der aktuellen Rechtsprechung und die Regulierung durch Verträge sowie einer Sondernutzung. Eine Auswertung und Evaluation finde Ende des Jahres statt. Hier werde unter anderem auf die Konkurrenz zum ÖPNV, vernünftiges Mobilitätsangebot, Zielgruppen, Touristen-Gag und disziplinierter Umgang mit den Rollern sowie Mehrwert für die Mobilität eingegangen.

Hinsichtlich der Kapazität des Stromnetzes habe man vor zwei Jahren eine Testsimulation durchgeführt, so der **zweite Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg. Im Mittelspannungsnetz müsse noch nachgebessert werden, hier liege man gut im Zeitplan. Die erforderliche Kapazität werde nicht in jedem Gebäude vorhanden sein. Man brauche ein Lademanagement und die Digitalisierung des Stromnetzes. Die analoge Technik werde sukzessive erneuert. Bislang habe man gute Werte und eine hohe Versorgungssicherheit.

Zu den Ladesäulen teilt BM **Ilk** mit, dass nach dem Ladevorgang eine Standgebühr erhoben wird.

Die Frage zur Beschaffung der städtischen Fahrzeuge, wie auch die Beweislastumkehr werde mitgenommen, so der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität. Es gehe um ein Umdenken. Diensträder ohne Motor gebe es in einzelnen Fachbereichen. Der städtische Fuhrpark sei mit Pedelecs ausgestattet.

Stadtrat **Müller** geht auf die Ladesäulen und Kurzladevorgänge im öffentlichen Raum, hinsichtlich einheitlicher Systeme und kompatible Abrechnung der verschiedenen Anbieter, ein. Er fragt nach der Möglichkeit einer Entladung der Autobatterien.

Man sei nicht der alleinige Betreiber und habe keine Konzession, merkt der **zweite Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg an. Das Ziel sei künftig, dass die Karte mehrfach genutzt werden könne. Für eine Rückführung der Energie in das Netz seien die Ladesäulen aktuell nicht ausgestattet. Zukünftig seien hier Optionen denkbar.

Stadtrat **Zeltwanger** wünscht bis zur Jahresmitte eine Antwort auf die Fragen zu Kooperationen für Selbstversorger und Photovoltaik für Hausbesitzer, um die Elektromobilität voranzubringen.

Stadträtin **Knecht** sieht den Antrag mit der heutigen Beschlussfassung als erledigt an.

BM **Ilk** stellt die Vorlage zur Abstimmung. Das Thema Stromgenerierung wird er zur Absprache mit Dezernat IV mitnehmen.

TOP 7.1**E-Bike Lade- und Parkmöglichkeiten
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.11.2020**Vorl.Nr. 438/20

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit der Beratung zu Tagesordnungspunkt 7 erledigt.
BM **Ilk** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.